

Lazko-DEMO ...



Die Lazko-DEMO am 8. Mai in Hannover war ein großer Erfolg: Mehr als 11.000 Lehrerinnen und Lehrer, aber auch Schüler/innen und Eltern demonstrierten vor dem Landtag gegen den Wortbruch der Landesregierung.

Die **GEW** lässt ihre Mitglieder nicht allein!

Lazko-DEMO am 8. Mai in Hannover

Drei Busse (einer davon allein für die KGS) wurden vom KV Ammerland „gechartert“, um die 122 Demonstranten aus dem Ammerland nach Hannover zu bringen. Hinzu kamen zahlreiche Kolleginnen und Kollegen, die mit Bussen aus Oldenburg fahren.

Dass das auch einen nicht geringen finanziellen Aufwand bedeutet (allein annähernd 2.000 € für die Busse), ist verständlich. Die Kosten werden jedoch aus Mitteln des GEW-Kampffonds ersetzt.



▲ Nicht zuletzt der Einsatz unseres Landesvorsitzenden Eberhard Brandt (Bild) trug zum DEMO-Erfolg bei.

Nicht zu vergessen ist, dass die Solidarität aller Lehrerverbände auch für das Ammerland zum großen Erfolg der Demonstration in Hannover beigetragen hat.

Die GEW wird nun sicherstellen, dass für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen Rechtssicherheit betr. die Rückzahlung des Arbeitszeitkontos von der Landesregierung gewährleistet wird.

Die GEW-Obleute an den Schulen sind in den letzten Wochen mehrfach über notwendige Schritte für entsprechende Regelungen dazu informiert worden. Verzögerungen haben sich leider immer wieder dadurch ergeben, dass das MK bzw. die Landesregierung nicht so zügig und eindeutig gearbeitet hat, wie

erforderlich gewesen wäre.

Auf jeden Fall stehen KV Ammerland und die GEW-Rechtsschutzstelle für Nachfragen zur Verfügung.



▲ Ziemlich schwer war es, in der großen Menge der Demonstranten auch Ammerländer zu entdecken. Aber hier sind einige zu sehen.



▲ Auch Ruheständler waren am 8. Mai nicht ruhig. Sie waren im Gegenteil zahlreich vertreten, hier mit einem von Hartmut Kröncke selbst gefertigten Plakat.

Die GEW wird darauf achten, dass alle Regelungen das Wohl der Schulen und in den Schulen nicht außer acht lassen.

Alles wird teurer - wir auch!

Unter diesem Motto demonstrierten in Westerstede Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaft ver.di unlängst für eine Erhöhung ihrer Gehälter.

Wir Lehrerinnen und Lehrer haben, wie andere Beschäftigte im Öffentlichen Dienst dieses Landes, über viele Jahre hinweg wieder und wieder erzwungenmaßen zum Kurieren der permanenten finanziellen Unpässlichkeit unseres Arbeitgebers beigetragen. Wo gibt es im gewerblichen Bereich Vergleichbares? Die immer wieder angeführten positiven Besonderheiten im Öffentlichen Dienst - wo sind sie?

Der Lazko-Betrugsversuch zeigt erneut, was Politiker uns „zuzubilligen“ gedenken.

Teuer sind wir jedenfalls zu Zeit nicht. Unsere Einkommen liegen inzwischen oft erheblich unterhalb dessen, was ähnlich Qualifizierten in anderen Bereichen gezahlt wird.

Führte man zusätzlich eine analytische Arbeitsbewertung durch, so würde die

Einkommensdiskrepanz zu Ungunsten der Lehrkräfte noch größer.

Für die GEW ist es höchste Zeit, sich endlich für deutliche Einkommensverbesserungen ihrer Mitglieder einzusetzen. Die 8,9-Prozent-Forderung der Bundesbeamten muss auch für uns gelten!

Bei erfolgreicher Durchsetzung würde das nicht einmal die Hälfte unserer Einkommensverluste der vergangenen Jahre wettmachen.

„Das Geld muss stimmen“, sagt man anderswo - bei uns stimmt es nicht mehr.

Guten jungen Leuten, die das „Zeug zum Lehrer“ hätten, aber eben auch zu anderem, muss man derzeit wohl raten, sich anderweitig umzuschauen.

Der Gedanke, dass die Qualität von Schule und Bildung auch über die konkurrenzfähige, angemessene Bezahlung der Lehrkräfte gesichert werden muss, ist unseren Großkopfeten offenbar noch fremd.

W. F.

Arbeits- und Gesundheitsschutz für Pädagogen!

Eine gute Schule braucht gesunde Lehrerinnen und Lehrer. Mehr Gelder für die Prävention sind nötig, um das Arbeitsschutzgesetz endlich konsequent umzusetzen.

Vier Vorschläge, die Arbeitsbedingungen der Pädagogen zu verbessern:

- ▶ In Schulen ist es oft so laut wie auf einem Flughafen: Der Lärmpegel muss drastisch gesenkt werden, etwa durch lärm-dämmende bauliche Veränderungen.
- ▶ Die hygienischen Verhältnisse sind zu überprüfen. Wenn es zu viel Feinstaub gibt, muss die Schule besser gereinigt werden.
- ▶ Den Lehrkräften sind mehr Fortbildungen anzubieten sowie Coaching- und Supervisionsangebote.
- ▶ Die Arbeitsorganisation an Schulen muss sich verändern. Stundenpläne etwa müssen transparent und effektiv, Abläufe und Zuständigkeiten klar beschrieben und geklärt sein. Team- und Personalentwicklung sollten fester Bestandteil der Schulkultur werden.

Die Kosten für diese Maßnahmen würden zwar je Bundesland mehrere Millionen EURO

betragen - zusätzlich zu den Kosten für notwendige Freistellungen vom Unterricht für die Lehrkräfte, die die Maßnahmen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes umsetzen sollen - zahlen sich aber für eine bessere Schule aus.

Die Schule hat dringenden Handlungsbedarf. Lehren ist Schwerstarbeit. Gewalt an Schulen, Stress, Lärm oder mangelnde Hygiene fordern zusätzlich ihren Tribut: Lehrkräfte leiden überdurchschnittlich oft an Burn-out, was von Erschöpfungszuständen bis zu Bewegungsstörungen oder Herzerkrankungen führen kann.

Die Folgen: Nur 15 % aller Lehrkräfte können bis zum 65. Lebensjahr durchhalten. 45 % beantragten ihre vorzeitige Zuruhesetzung, obwohl sie empfindliche Abschlüsse bei Pension oder Rente hinnehmen müssen. Dazu gehen 40 % der Lehrkräfte vorzeitig wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand.

Rotstift-Liste

So haben Bund und Land uns in den letzten 15 Jahren in die Taschen gegriffen:

Besoldung und Versorgung:

Generell:

- In 10 von 12 Jahren wurden die Ergebnisse der Tarifverhandlungen erst mit zeitlicher Verzögerung auf den Beamtenbereich übertragen.
- 1992 ▪ Umstellung der Ruhegehaltskala auf lineares System mit 1,875% Steigerungssatz pro Dienstjahr. Damit ist der Versorgungshöchstsatz von 75% nicht mehr nach 35, sondern erst nach 40 Dienstjahren erreichbar.
- 1994 ▪ Weihnachtsgeld (Sonderzuwendung) wird eingefroren, wird also nicht mehr in die allgemeinen Besoldungserhöhungen einbezogen. Gemessen an dem Stand von 1993 hatte die Sonderzuwendung Ende 2003 nur noch einen Wert von 84,29% einer Monatsbesoldung.
- 1994 ▪ Erhöhung der Regelstundenzahl vom 1. August 1994 bis 31. Juli 1998.
- 1996 ▪ Sonderurlaub nach § 52 BAT: Reduzierung der Anlässe und Streichung von Sonderurlaubstagen in einer Reihe von Fällen (*analoge Anwendung für die Beamtinnen und Beamten*)
- Wegfall der Jubiläumszuwendung ab A 11
- Beginn der Zwangsteilzeit als Angestellte im Grundschulbereich
- 1997 ▪ Statt zweijährigem Zeitintervall für den Aufstieg in die nächste Dienstaltersstufe werden die Intervalle auf bis zu 4 Jahre ausgedehnt.
- Die Kosten für die Zahlung von Leistungszulagen, -prämien und -stufen sollen aus dem Neuzuschnitt der Grundgehaltstabelle finanziert werden.
- Einführung der Einstellungsteilzeit (sog. Zwangsteilzeit) für Beamte; GEW hat hiergegen die Verwaltungsgerichtsbarkeit angerufen.
- Wegfall des Anpassungszuschlages
- Wegfall des Erhöhungsbetrages von 17,30 DM
- Ausbildungszeiten werden nur noch für 3 Jahre anerkannt
- Quotelung der Ausbildungszeiten (*auch der Zeit des Vorbereitungsdienstes als Beamtin* / *Beamter auf Widerruf*) als ruhegehaltfähige Dienstzeit bei Teilzeitarbeit und Beurlaubung
- 1998 ▪ Berechnung des Ruhegehaltes nur noch aus der erreichten Stufe des Grundgehaltes.
- 1998 ▪ Einführung einer Versorgungsrücklage von 0,2% (Kürzung der Besoldungserhöhung
- Erhöhung der Wartefrist für die Versorgung aus dem letzten Beförderungsamte von 2 auf 3 Jahre (*Am 13.4.07 hat das Bundesverfassungsgericht die Rechtswidrigkeit dieser Regelung festgestellt.*)
- 1998 ▪ Einführung eines Versorgungsabschlages bei Inanspruchnahme der Antragsaltersgrenze.
- 1998 ▪ Einführung des verpflichtenden Arbeitszeitkontos.
- 2000 ▪ Einführung der begrenzten Dienstfähigkeit nach § 54 a NBG (neu § 56) mit erheblichen Einkommenseinschnitten im Falle der eingeschränkten Verwendung zur Vermeidung der Ruhestandsversetzung.
- 2001 ▪ Absenkung des Versorgungshöchstsatzes auf 71,75% bei acht Anpassungsschritten ab 2003 (*auch für bereits im Ruhestand befindliche PensionärInnen*)
- Senkung der Witwenversorgung auf 55% (*für nach dem 31.12.2001 geschlossene Ehen*)
- Einführung eines Versorgungsabschlages von jährlich 3,6% (max. 10,8%) bei vorzeitiger Ruhestandsversetzung auf Antrag bei Schwerbehinderung vor Vollendung des 63. Lebensjahres.
- Einführung eines Versorgungsabschlages von jährlich 3,6% (max. 10,8%) bei vorzeitiger Ruhestandsversetzung wegen Dienstunfähigkeit vor Vollendung des 63. Lebensjahres.
- 2002 ▪ Bestätigung durch das Bundesverwaltungsgericht, dass das verpflichtende Arbeitszeitkonto von in Vollzeit und in Teilzeit beschäftigten Lehrkräften in gleichem Maße zu absolvieren ist.
- 2003 ▪ Besoldungs- und Versorgungserhöhung um 2,4% mit dreimonatiger Verschiebung gegenüber dem Tarifabschluss
- Absenkung der Versorgung im ersten Schritt auf 74,59%



Aktiv mitarbeiten! Mitglied werden!



- Schaffung einer bundesgesetzlichen Öffnungsklausel für Bund und Länder zur Kürzung oder Streichung des Urlaubs- bzw. Weihnachtsgeldes
- Reduzierung des Weihnachtsgeldes der Beamtinnen für das Jahr 2003 auf 65%.

- Wegfall der Wahlleistungen auch für Schwerbehinderte und Versorgungsempfänger über das 65. Lebensjahr.

Erfolge der GEW:



- Erfolg vor Verwaltungsgericht Göttingen: Auch nicht verschreibungspflichtige Medikamente müssen von der Beihilfe erstattet werden, wenn sie ärztlich verordnet werden (*noch nicht rechtskräftig*)



- Erfolg vor dem Bundesverwaltungsgericht bezüglich des Familienzuschlags für das dritte und weitere Kind. Es besteht ein Anspruch auf familienbezogene Gehaltsbestandteile in Höhe von 115% des durchschnittlichen sozialhilfeberechtigten Gesamtbedarf eines Kindes.



Erfolg der von der GEW angestrebten Verfahren im Jahr 1997:

- Die Einstellungszeit (sog. Zwangsteilzeit) ist laut Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts verfassungswidrig.
- Familienzuschlag: Endlich (teilweise) Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 24.11.1998 zum Familienzuschlag für das dritte und weitere Kind.
- Versorgungsbezüge aus Beförderungsamt: Bundesverfassungsgericht stellt klar, dass Wartefrist von drei Jahren verfassungswidrig ist.



- Erfolg vor dem Europäischen Gerichtshof: Am 6. Dezember 2007 hat der Europ. Gerichtshof festgelegt, dass teilzeitbeschäftigte Beamtinnen nicht dadurch benachteiligt werden dürfen, dass sie wie die Vollzeitbeschäftigten erst ab der 4. Mehrarbeitsstunde eine Vergütung erhalten. Für sie gilt, dass ihnen bereits ab der 1. Mehrarbeitsstunde bis zu Vollzeittätigkeit ein entsprechender Freizeitausgleich oder anteiliges Entgelt zusteht.

Beihilfe:

- Kürzung der Beihilfe für Beamtinnen und Beamte durch Einführung einer für das Kalenderjahr anzuwendenden Kostendämpfungspauschale vom 01.02.1999 bis 31.12.2001, die je nach Besoldungsgruppe der Beamten zwischen 200,00 DM und 1.000,00 DM betrug.

Die Staffelung erfolgte wie folgt:

- 200,00 DM von A7 bis A11
- 400,00 DM von A 12 bis A 15, B1, C1, C2
- 600,00 DM von A16, B2, B3, C3, H4, H5, R2, R3
- 800,00 DM von B4 - B7, C4, R4 - R7
- 1.000,00 DM ab B8, R8

- Wegfall der Wahlleistungen (Zweibettzimmer und Chefarztbehandlung), außer bei Schwerbehinderten und Versorgungsempfängern über 65. Lebensjahr.

- Einführung der Praxisgebühr

Und was macht die GEW?

Wir fordern

- ▶ **Neueinstellungen**
- ▶ **Fortsetzung der Altersteilzeit**
- ▶ **Altersermäßigung**
- ▶ **spürbare Besoldungserhöhungen**



Aktiv mitarbeiten! Mitglied werden!



Die Seite (nicht nur) für Senioren

„Kirchen-Tour“ der KV Ammerland-Senioren



Nach der kleinen Kapelle in Vreschen-Bokel war im April die größte Ammerländer Kirche dran: die **St. Petri-Kirche in Westerstede**.

wieder notwendigen Sanierungen dieses wichtigen Bauwerks, natürlich auch in die theologische und künstlerische Einrichtung und Bedeutung des Innenraums der Kirche.



Uwe Möller, der zeitweise für die Renovierung und Sanierung der Kirche mit verantwortlich war gab den - erfreulich vielen - Teilnehmern interessante Einblicke in die Geschichte, die vielfache Bauentwicklung, die Planungen und auch immer



Bei der abschließenden Kaffeetafel im „Katenhof-Café“ in Fikensolt wurde auch darüber noch lange „geklönt“.

Kurzmeldungen

Budget der Schulen

Seit 01.01.2008 haben die „Eigenverantwortlichen“ Schulen ein Budget. Teil dieses Budgets ist auch das (bisherige) Stundenbudget für Pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Grundschulen.

Hier ist eine kurzfristige Änderung durch einen neuen Erlass zu erwarten.

Die Personalvertretungen an den Schulen und die möglicherweise Betroffenen sollten sich dringend informieren. Der Bezirkspersonalrat hilft auch hier gern und zuverlässig.

Arbeitszeitkonto

Damit die Landesschulbehörde eine Übersicht über die zu erwartende Unterrichtsversorgung erhält, sollten die Anträge zum Ausgleich des Arbeitszeitkontos bis zum 06. Juni 2008 gestellt werden.

Es ist also ggf. „höchste Zeit“, weil spätere Anträge möglicherweise zum 01.08.2008 nicht mehr berücksichtigt werden können.

(Siehe GEW-Hompage: www.gew-nds.de!)

Gewerkschaftsforderungen

DGB, ver.di, GEW und GdP haben einen Forderungskatalog zum Landeshaushalt 2009 präsentiert. Darin wird u.a. gefordert, das Weihnachtsgeld wieder einzuführen und Altersteilzeit fortzusetzen.

GEW-Lehrerkalender 2008/2009

Zum ersten Mal wird der Kalender nicht über die Kreisverbände verteilt, sondern zentral von der Landesgeschäftsstelle direkt an die Mitglieder verschickt - möglichst noch vor den Sommerferien.

Auch für die Ruheständler wird ein Kalender verschickt, allerdings ohne Stundenplanformulare und Zensuren- / Schülerlisten.

Endgültige Inhalte und Termin des Versands liegen noch nicht fest.

„Wir schenken Ihnen den Mai!“

Unter diesem Schlagwort hat die GEW aus Anlass der DEMO am 8. Mai neue Mitglieder geworben - und dabei zugesagt, auf den Beitrag für Mai zu verzichten.

Aber auch jetzt kann man noch eintreten, ohne die Gewissheit zu haben, dass ein Monatbeitrag geschenkt wird.

„Damit wir auch morgen noch gerne in die Schule gehen“, ist eine starke Gewerkschaft nötig, um die Ziele für eine gute Schule zu sichern:

- Rückzahlung der Arbeitskonten jetzt!
- Nachwuchs sichern!
- Neueinstellungen vornehmen!
- Verbesserung der Arbeitssituation!
- Durchsetzung der Interessen der in der Schule Tätigen durch GEW-Personalräte!

Informationsveranstaltung für GEW-Mitglieder 55plus

Die diesjährige Informationsveranstaltung der FG Senioren in Weser-Ems (Nordbereich) fand statt am 29. Mai 2008 in Westerstede.

Das Thema „**Senioren im Straßenverkehr und im Alltag**“ - vorgetragen von zwei Referenten der Polizei - fand großes Interesse und gab Anlass zu vielen Fragen und führten zu der Erkenntnis, dass man die eigenen Kräfte und das fahrerische Können realistisch einschätzen muss.

Weitere Themen:

- Über **Seniorenpolitische Aktivitäten** in der GEW und im DGB berichtete der Fachgruppenvorsitzende Erwin Meyer.
- Der GEW-Bezirksvorsitzende Dieter Knutz, zeigte **Schwerpunkte der GEW-Arbeit** auf.



D. Knutz (r.) und E. Meyer fanden auch noch Zeit für einen kleinen Klönschnack.

Vorstandssitzungen

Die nächsten Sitzungen sind geplant für
Mittwoch, 03. September 2008
Mittwoch, 08. August 2008
Dienstag, 04. November 2008
Dienstag 02. Dezember 2008

Vorstandssitzungen finden jeweils ab **19.00 Uhr** im „Gesundbrunnen“ in Helle statt. Sie sind offen für alle Mitglieder.

Weitere Termine

Obleutetreffen:

19. Nov. 2008, 18.30 Uhr (Rastede?)

Mitgliederversammlung:

Anfang Januar 2009

Kohlfahrt:

Ende Februar 2009

Eilt! Eilt! Eilt! Eilt!

Sommerfest

am

02. Juli 2008

„Zum Gesundbrunnen“, Helle

Pensionierungen

Der Vorstand bittet darum, anstehende Pensionierungen von GEW-Mitgliedern frühzeitig an den Kreisverband zu melden. Der Kreisverband ist immer bestrebt, solche Ehrentage von Mitgliedern angemessen zu würdigen.

Dafür brauchen wir aber die entsprechenden Hinweise.

Noch einmal: Lehrerkalender

Für besonderen Bedarf und zur Werbung hat der Kreisverband zusätzliche Lehrerkalender bestellt. Interesse??

Dann bitte beim Vorsitzenden melden.

GEW-Informationsschriften

Um den Mitgliedern vielseitige Informationen zu geben, hat der KV Ammerland wieder einige Broschüren und Flyer bestellt:

- Arbeitsschutz und Gesundheitsmanagement** (mit CD): Ein Ratgeber der GEW zu diesem Thema für Beschäftigte, Personalvertretungen und Schulleitungen
- Cyber-Mobbing**: Informationen Tipps und Hinweise zum Umgang mit Mobbing via Internet, E-Mail und Mobiltelefon
- 10 gute Gründe**: Dieser Flyer richtet sich besonders an Studierende in der GEW. Die darin beschriebenen 10 guten Gründe für die GEW-Mitgliedschaft richten sich aber genau so auch an junge Lehrkräfte.
- Aktiver Ruhestand**: Dies Informationsblatt der GEW Baden-Württemberg wird regelmäßig an die Mitglieder der Fachgruppe Senioren verschickt. Es bietet immer wieder nützliche Informationen für Ruheständler, aber auch für alle, die sich dem Ruhestand erst „näher“. (Bei Interesse bitte melden beim Sprecher der FG Senioren: Erwin Meyer, ☎ 04488/4137; eMail: GEW-emw@gmx.net)
- Neugründung von Integrierten Gesamtschulen**: Diese Broschüre gibt es als Download über die GEW-Hompage: www.gew-nds.de.

Die Informationsblätter a) bis c) sind ggf. beim Vorsitzenden anzufordern (siehe Impressum!).

INTERNET:

www.gewweserems.de

www.gew-ammerland.de

GEW - Gemeinnütziges Erholungswerk

- der Ferienpartner der

IG BAUEN-AGRAR-UMWELT

Erfahrungen von GEW-Mitgliedern waren sehr positiv - nicht nur wegen der geringen Kosten.

Kontakt: Gemeinnütziges Erholungswerk e.V.

Benzstr. 11, 61352 Bad Homburg

www.ferien-igbau.de

IMPRESSUM:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB, Kreisverband Ammerland

Vorsitzender: Hermann Abels, Dohlenweg 4, 26835 Hesel, ☎ 04950 / 1774, eMail: Hermann-Abels@t-online.de

Mitarbeit: H. Abels, A. Bessen, W. Fink, H. Malessa, E. Meyer